

☛ Berlin, 21. Mai. (Telegr.) Die Berliner Stadtverwaltung, deren ausgezeichnete Kriegsmahnahmen wiederholt Anerkennung gefunden haben, hat wieder eine große Vorlage zugunsten der Kriegsbeschädigten angenommen. In den Blättern wird über den betreffenden Teil der gestrigen Stadtverordnetenversammlung folgendes berichtet: Es handelte sich um die Bewilligung von 100 000 M. Bei der feierlichen Begrüßungsansprache kam Geheimrat Cassel auf den kürzlich veröffentlichten Bericht eines ausländischen Schriftstellers zu sprechen, der seine Bewunderung über die großartigen Kriegsmahnahmen und Verwaltungsgeschäfte der Stadt Berlin ausgesprochen hatte, die so glatt und ruhig ihre Bahnen gingen, als ob wir mitten im tiefsten Frieden wohnen. Der Vorkühende gab auf diese Frage eine Antwort. Er führte unter dem Beifall der Versammlung aus, daß der sichere Gang der Geschäfte nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Deutschen Reich zuerst dem glänzenden, unübertrefflichen Heere, den Brüdern und Söhnen im Felde zu danken sei, die mit beispielloser Hingabe bewirkt hätten, daß Deutschland von den Schrecken des Krieges innerhalb seiner Grenzen so gut wie verschont geblieben sei. Ferner verdanke man den guten Geschäftsgang der Ruhe und Fassung, mit der man im Vertrauen auf die gerechte Sache dem endgültigen vollen Siege entgegenstehe, und nicht zum mindesten hätten für die glatte Abwicklung der städtischen Verwaltungsgeschäfte die unbefordeten Ehrenbeamten der Stadtgemeinde mitgewirkt. Gerade diesen Ehrenbeamten gebühre der volle Dank der Bevölkerung. Durch die in der Vorlage vorgesehene Organisation soll die Möglichkeit einer sofortigen Fürsorge für die aus den Lazaretten kommenden Kriegsbeschädigten geschaffen werden, um sie so früh als möglich in Berufe und Verhältnisse überzuführen, die sie in den Stand setzen, die Kräfte und Fähigkeiten, die ihnen verblieben sind, voll zu verwerten. Die Organisation ist so gedacht, daß ein Magistratskommissar zur Leitung der Fürsorgetätigkeit bestellt wird. Ihm tritt ein Ausschuss und ein Beirat zur Seite. Während die Mitarbeit des Beirats zur Materieleistung bei der Ausgestaltung der Fürsorge in Anspruch genommen wird, soll der Ausschuss aus Vertretern der Organisationen gebildet sein, denen vorläufig die finanziellen Lasten obliegen. Der Ausschuss soll unter Leitung des Magistratskommissars aus je einem Vertreter der Landesversicherungsanstalt, der Reichsversicherungsanstalt, der Militärmedizinverwaltung, des Roten Kreuzes und des Zentralarbeitsnachweises bestehen. Oberbürgermeister Wermuth führte die Vorlage mit folgenden Worten ein: „Die Vorlage des Magistrats soll mitwirken an der Erfüllung des Wortes, daß es Krüppel im alten, traurigen Sinne nicht mehr geben darf und auch nicht mehr zu geben braucht. Die Behandlung der Verwundeten mit dem Ziele nicht nur der Heilung, sondern auch der Berufsfähigmachung, der Wiederbelebung der Berufstüchtigkeit und die Vermittlung von Arbeitsgelegenheit sind die Wege, die wir gehen wollen. Aber glauben Sie nicht, daß die städtische Verwaltung zugewartet hätte, bis die Form sich fand, für die Organisationen, im Gegenteil: die Praxis hat überall schon da zugegriffen, wo das Eingreifen ohne längeres Besinnen sich als notwendig und möglich erwies. Die Nachbehandlung ist im Gange, und auch der Arbeitsnachweis ist nicht müßig gewesen. Nun ist es aber an der Zeit, auch die Organe zu schaffen, in die die verschiedenen Körperschaften und alle menschenfreundlichen Bestrebungen gleichartigen Charakters einmünden, und welche schliesslich mit den Gemeinden und Kommunalverbänden, sowohl der nähern Nachbarschaft als auch des ganzen Reiches, zusammenarbeiten können. Wenn die Organisationen so planmäßig geschaffen werden sollen, so geschieht dies in der sichern Hoffnung, daß der Hauptverpflichtete, das Reich, unsere Tätigkeit anerkennen und die ihm zukommenden Lasten auf seine Schultern nehmen wird. Aber jetzt heißt es nicht rechnen, sondern handeln.“ Die Versammlung nahm diese Bemerkungen mit allseitigem Beifall auf und begrüßte ebenso die Vorlage, die zur Beratung der Einzelheiten an eine Kommission verwiesen wurde.